

Angela Merkel:

„Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert.“

Markus Söder:

„Wir können nicht das Weltsozialamt werden.“

Horst Seehofer:

„Wir werden uns gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren – bis zur letzten Patrone.“

Heinz Buschkowsky:

„Es gibt nichts mehr, was sie nicht in ihrer Heimatsprache erledigen können, bis hin zu eigenen, verpflichtenden Verhaltensnormen. Das nenne ich eine Parallelgesellschaft.“

Helmut Schmidt:

„Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion von Intellektuellen.“

Thilo Sarrazin:

„Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.“

Einleitung

Liebe Kölner,

die Zitate auf der Vorderseite dieses Heftchens können nachdenklich stimmen. Man kann dafür oder dagegen sein, sie stammen weder aus unserem Wahlprogramm noch von irgendwelchen gewählten Vertretern unserer Partei in den Parlamenten oder Gemeinderäten. Manches würden wir weder inhaltlich noch in mit diesem Zungenschlag so von uns geben. Und doch ist es gut, dass wir solchen Meinungen Raum geben.

Denn hieran hapert es seit einiger Zeit im öffentlichen Leben und gerade jetzt immer mehr: Meinungen Raum zu geben, die man nicht in jeder Hinsicht teilt. Und dabei geht es erst einmal schlichtweg ums Ausredenlassen.

Zu Hause haben wir bald wieder die beste Gelegenheit des Jahres hierzu. Gerade an den etwas ruhigeren, jedenfalls nicht ganz so arbeitsreichen Tagen wie zu Weihnachten und dem Ende des Jahres werden viele Familien zusammenkommen und Zeit und Muße haben, sich auszutauschen und auf das vergangene Jahr zurück zu blicken. Das ist eine Chance, für alle Beteiligten.

Denn wenn man einander nicht mehr zuhört, wendet man sich voneinander ab. Die sozialen Instinkte verkümmern und man hört nicht mehr hin. Bestenfalls werden noch Floskeln ausgetauscht. Dazu darf es nicht kommen und wir möchten unseres dazu tun, manch hartnäckige Unsitte und unschöne Entwicklung in der Politik und leider auch in den Medien zu ändern.

Wir befürworten das Streiten im positiven Sinne, das Abwägen des Für und Wider statt des moralisierenden Obertons, die Kunst des Unterscheidens zwischen dem, was notwendig und zumutbar und dem, was illusionär ist, zwischen Verantwortung und reiner Gesinnung, die am Ende kein einziges Problem löst und nur neue schafft. Anlass zum Nachdenken, durchaus auch zur Sorge, miteinander reden und auch streiten gibt es genug in unserer Zeit.

Ich wünsche Ihnen im Namen der Fraktion und aller Mitarbeiter der AfD im Kölner Rat Zeit und Muße für besinnliche und offene Gespräche. Ein paar Denkanstöße finden Sie in diesem Heftchen, in dem wir gemeinsam auf unsere Tätigkeit im Kölner Rat im Jahr 2015 zurückblicken.

Frohes Fest und kommen Sie gut ins Jahr 2016!

Kölner Weihnachtsmarkt – Bildquelle:
„Weihnachtsmarkt Dom 2011.1“ von
Superbass - Eigenes Werk. Lizenziert
unter CC BY-SA 3.0 über Wikimedia
Commons

Roger Beckamp: Fraktionsvorsitzender, Jg. 1975,
Rechtsanwalt, verheiratet, ein Kind, ehem. Mitglied
der CDU und der Liberalen Hochschulgruppe

Das war's: Das Jahr 2015 mit der AfD als Opposition im Kölner Rat

Das Jahr 2015 begann für die AfD-Fraktion im Kölner Rat zunächst mit einem Umzug vom im Juni 2014 provisorisch zur Verfügung gestellten Raum im Spanischen Bau des Rathauses in ihre nun festen Räumlichkeiten im Haus Neuerburg am Gülichplatz. Thematisch war diese Zeit bereits von der zunehmenden Migration nach Deutschland und der Frage der Sinnhaftigkeit kostspieliger Unterbringungsmethoden seitens der Stadt Köln geprägt. Das ganze Jahr über begleitete die AfD-Fraktion die Asylkrise mit kritischen Anfragen zur Thematik.

Die AfD-Fraktion kritisierte insbesondere die millionenschweren Ankäufe eines Hotels und eines Baumarktes zur zukünftigen Nutzung als Asylunterkünfte. Auf große Resonanz stieß zudem eine Anfrage der Fraktion zu den finanziellen Belastungen im Zuge der Einführung des so genannten „Rundfunkbeitrags“ (früher GEZ) im Jahr 2013. Diese Anfrage offenbarte einen immensen Anstieg der Kosten für städtische Einrichtungen durch die Umstellung auf das neue Beitragssystem.

Nebenbei klagt die AfD-Fraktion gegen den Rat der Stadt Köln. Grund ist ein Ratsbeschluss einer ganz großen Altparteien-Koalition von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei vom 30.09.2014 sich selbst die Fraktionszuwendungen übermäßig zu erhöhen – zahlen darf der Steuerzahler. Das Pikante dabei ist, dass die höhere Bezuschussung von Fraktionen erst ab einer Fraktionsstärke von vier Ratsmitgliedern eintritt. Die AfD-Fraktion besteht aus drei Ratsherren – welch Zufall! Die AfD stellte einen Gegenantrag, die bisherige Regelung beizubehalten. Keiner sollte mehr Geld bekommen. Erwartungsgemäß schmetterte die ganz große Koalition den Antrag ab. Die AfD-Fraktion brachte den Fall vor das Kölner Verwaltungsgericht. Der Ausgang ist noch offen.

Thomas Traeder
Fraktionsgeschäftsführer

Carlo Clemens
Fraktionsreferent

Kontakt

Fraktion der Alternative für Deutschland im Rat der Stadt Köln
Vorsitzender: Roger Beckamp
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Carlo Clemens

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3
50667 Köln

E-Mail: afd-fraktion@stadt-koeln.de
Telefonnummer: 0221-22125396
Telefax: 0221-2216569684



Carlo Clemens: Referent, Jg. 1989, Student

Aus der Bezirksvertretung Köln-Porz

Als ich im Oktober 2014 als neues Mitglied in die Bezirksvertretung in Porz am Rhein kam, wurde ich zunächst vorsichtig beäugt. Jetzt, kurz vor Ende 2015, kann ich sagen, dass es ein gutes Jahr geworden ist. Anders als in anderen Bezirksrathäusern reden inzwischen Vertreter aller Parteien miteinander und haben Achtung voreinander.

Inzwischen herrscht eine geschäftige Arbeitsatmosphäre in der BV, denn gemeinsam ist vieles besser zu bewältigen. Anders als in Düsseldorf oder Berlin liegen dem Kommunalpolitiker die Probleme fast auf den Füßen! In Porz wird, trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtung, der Mensch hinter dem Mandat nicht übersehen und auch nicht der Wille, das Beste für unseren liebenswerten Bezirk zu erreichen.

Der Bürgermeister lädt auch die AfD regelmäßig zu den jeweiligen Vorbesprechungen der BV-Sitzungen ein. Und Überraschung: es konnten bei mir bisher keine demokratischen Defizite ausgemacht werden! Ich glaube, dass man in Porz die Phase überwunden hat, den richtigen Umgang mit unserer immer noch jungen Partei zu finden. Dem Jahr 2016 sehe ich entspannt, gar mit Freude entgegen. Noch ist es nicht zu gemeinsamen Anträgen gekommen – aber das kann sich bald ändern. Es gibt genug Herausforderungen, die man zusammen bewältigen kann.

Wilhelm Geraedts

AfD-Bezirksvertreter in Köln-Porz

Aus der Bezirksvertretung Köln-Kalk

Als Vertreter der AfD ist es für mich wichtig, Entscheidungen auf Grundlage einer realistischen und kostenbewussten Art zu entscheiden. Als Bezirksvertreter habe ich Entscheidungen getroffen, die fundiert, finanzierbar und ehrlich sind. Dies werde ich 2016 so beibehalten.

Anfragen der AfD zu erheblichen Straßenschäden vor der KVB-Haltestelle Ludwig-Quidde-Platz in Neubrück oder zum Kaufhof wurden substanziell beantwortet. Die Schäden wurden gleich behoben. Es stehen noch weitere Anfragen offen, z.B. zu den Fahrgastunterständen in Merheim. Zum Umbau/Erweiterung und Neubau des Klarissenklosters an der Kapellenstraße als integrative Wohnanlage hat die Bezirksvertretung Kalk mich zum Vertreter benannt. Hier konnte ich in der Empfehlungskommission zur Entwurfsentscheidungsfindung erheblich beitragen. Bezirksbürgermeister Markus Thiele (SPD) erklärte in der Kölnischen Rundschau vom 08.12.: „Wir haben Eierhoff in das Gremium entsandt, weil er als Architekt dort seine Sachkunde einbringen konnte.“

Ludwig Eierhoff

AfD-Bezirksvertreter in Köln-Kalk

Wilhelm Geraedts: Fraktionsgeschäftsführer, Jg. 1958, Soldat a.D., verheiratet, drei Kinder, ehem. CDU-Mitglied

AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln 12/2015

Seite 4

OB-Wahl in Köln 2015

Eine Nachschau

„51 Prozent werde ich im ersten Wahlgang wohl nicht erreichen.“ Das war meine Standardantwort auf die Frage, welches Ergebnis ich denn anpeile. Wäre das realistisch gewesen? Natürlich nicht. Man soll sich zwar nicht selbst klein reden, aber dem Größenwahn darf man auch nicht verfallen – jedenfalls nicht öffentlich.

Nun gibt es, nachdem man an einer Wahl teilgenommen hat, und zwar passiv, als Bild an der Laterne, verschiedene Möglichkeiten der Nachbetrachtung. Was sagt uns das Ergebnis? Hat sich der Aufwand gelohnt? Warum haben wir überhaupt einen Kandidaten aufgestellt? Das wichtigste und eigentliche Ziel haben wir erreicht: Man hat die AfD auch im OB-Wahlkampf wahrgenommen!

Wir waren präsent, auch wenn ich als Kandidat nur bei einer Podiumsdiskussion eingeladen und vor Ort war, und in den Zeitungen quasi nicht stattgefunden habe. Die Kölner AfD war aktiv. Wir mussten allerdings schmerzlich feststellen, dass uns einiges an Aktiva verloren gegangen ist. Einen flächendeckenden Wahlkampf hatten wir nicht bestreiten können, denn dazu fehlten uns die finanziellen Mittel der Altparteien. Dafür haben einige von uns bis zur Ehegefährdung gearbeitet. Durch Doppel- und Dreifachbelastung waren einige am Rande der Erschöpfung. Allen Parteifreunden, die mitgemacht haben, sei es beim Plakatieren, beim Flugblätterverteilen, bei den Wahlkampfständen, jene, die gespendet haben: ein herzliches Dankeschön! Der Wahlkampf hat auch gezeigt, wie wichtig und wertvoll unsere Jugendorganisation, die Junge Alternative (JA), ist: Ich bin stolz auf euch und stolz darauf, Fördermitglied zu sein!

Nach 3,6 Prozent bei der Kommunalwahl im Mai 2014 konnten wir bei der OB-Wahl mit 4,01 Prozent nachlegen – wenn auch nicht so sehr wie erhofft. Dennoch macht das Ergebnis Mut. Denn auf diesem rot-grünen Pflaster Köln ist jeder Zugewinn ein Schritt in die richtige Richtung.

Welches Ziel ich bei den nächsten Wahlen in Köln habe? 51 Prozent werden wir wohl im ersten Wahlgang nicht erreichen. Aber vielleicht im zweiten?

Hendrik Rottmann

Vorsitzender der AfD Kreisverband Köln
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD im Rat der Stadt Köln
AfD-Kandidat für das Amt des Kölner Oberbürgermeisters 2015

Hendrik Rottmann: Stv. Fraktionsvorsitzender,
Jg. 1969, Soldat, verheiratet, ein Kind, ehem. CDU-Mitglied



AfD-Fraktion fordert Gesamtkostenrechnung anlässlich Einführung von Gesundheitskarte


KÖLN/DÜSSELDORF, 25.11.2015. Die AfD-Fraktion lehnt die Einführung der sogenannten Bremer Gesundheitskarte für Asylbewerber in Köln ab. „Die Einführung ist mit unabsehbaren Mehrkosten verbunden“, erklärt Ratsherr Jochen Haug, gleichzeitig stellvertretender Landesvorsitzender der AfD. „Zahlreiche Kommunen in NRW halten mittlerweile von der Gesundheitskarte Abstand.“

Demnach sollen Kommunen pro Asylbewerber monatlich 200 Euro an die Krankenkassen überweisen. Zusätzlich fällt eine Verwaltungsgebühr von acht Prozent der Behandlungskosten, jedoch mindestens 140 Euro pro Jahr und Asylbewerber an. „Das Gesundheitsamt kann nicht mehr prüfen, ob eine ärztliche Behandlung wirklich nötig war. Hier werden weitere Anreize zum Missbrauch geschaffen, die zu einer Kostenexplosion führen können“, so Rechtsanwalt Haug. „Köln muss bis Ende des Jahres mit über 12.000 Asylbewerbern rechnen. Auch wenn die Verwaltung mit der Gesundheitskarte an Personal einsparen kann, drohen die Kosten aufgrund des Zustroms unkalkulierbar zu werden.“

Ratskollege Hendrik Rottmann verweist auf seine Rede in der Ratssitzung vom 10.09.2015, in der er bei der Erstattung von Leistungen durch eine Gesundheitskarte zwischen echten Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsmigranten unterschieden hat:

„Der Schutz von Flüchtlingen muss weitergehender sein, als bei Nichtflüchtlingen. Eine Abdeckung aller zu uns kommenden Asylbewerber mit einer Gesundheitskarte unterstützen wir nicht, die gesonderte Versorgung von echten Kriegsflüchtlingen ist nicht durchführbar.“

Der Fraktionsvorsitzende Roger Beckamp erklärt: „Wir haben die Belastungsgrenze längst überschritten und müssen Leistungen auf die Basis von § 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) beschränken, die die ärztliche Behandlung bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen, von Schwangeren oder die Durchführung notwendiger Impfungen vorsieht. Darüber hinausgehende Vorfälle müssen weiterhin vom Gesundheitsamt genehmigt werden. Die Stadt soll eine Gesamtkostenrechnung vorlegen: wie viel würde die städtische Verwaltung an Personal einsparen und wie viel Mehrkosten entstehen durch zusätzliche Leistungen?“

A portrait of Jochen Haug, a man with short dark hair, wearing a dark suit jacket over a white shirt. He is smiling slightly and looking towards the camera. The background is a solid blue color.

Jochen Haug, Jg. 1973,
Rechtsanwalt, ehem. CDU-Mitglied

Mit pragmatischen Alternativen gegen Kostenexplosion

KÖLN, 13.11.2015. Mit Unmut reagiert die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln auf die Antworten der städtischen Verwaltung bezüglich zwei gestellter Ratsanfragen vom Oktober. „Eine Anfrage hat ergeben, dass durch die Unterbringung von 2.634 Asylbewerbern in 38 Kölner Hotels täglich Kosten in Höhe von ca. 76.386 Euro entstehen“, so der Fraktionsvorsitzende Roger Beckamp. „Allein bei gleichbleibender Anzahl an Asylbewerbern, die in Hotels untergebracht sind, ergibt das auf ein halbes Jahr gerechnet etwa 13,7 Millionen Euro, auf ein Jahr gerechnet etwa 27,5 Millionen Euro. Das ist der absolute Kostenirrsinn!“

Die Verwaltung rechnet mit rund 29 Euro für eine Person pro Übernachtung. Zum Stichtag 31.10.2015 waren in Köln in 38 Hotels und Pensionen 2.634 Asylbewerber untergebracht. „Ziel muss es sein, die teure Unterbringung in Hotels zurückzufahren. Wir müssen auf Alternativen zurückgreifen“, erklärt Rechtsanwalt Beckamp, „das heißt, auch städtische Verwaltungsgebäude und Museen dürfen kein Tabu sein.“

Ratskollege Hendrik Rottmann ergänzt: „Besorgt stimmt uns, dass die Verwaltung die Verweildauer einzelner Personen in der Summe nicht statistisch auswertet. Angesichts der angespannten Lage steht zu befürchten, dass die Stadt weitere Hotels anmietet wird. Pragmatische und kostengünstigere Lösungen der Sammelunterbringung werden aus ideologischen Gründen pauschal abgelehnt.“

Eine weitere Anfrage der AfD-Fraktion bezog sich auf die Plakataktion „Where Are We Going“, im Zuge derer 550 Portraits von Asylbewerbern im ganzen Stadtgebiet verbreitet wurden. Es entstanden Kosten von 7.452 Euro. Auf die Nachfrage, welchen Zweck eine solche vom Steuerzahler finanzierte Aktion verfolge, antwortete die Verwaltung lapidar: „Mit der Aktion möchte die Stadt Köln auf die Flüchtlingssituation hinweisen.“ Beckamp hierzu: „Diese nichtssagende Antwort ist völlig daneben. Kölner Steuerzahler haben ein Recht darauf, ordentliche Rechenschaft über die leichtfertige Ausgabe ihres erwirtschafteten Einkommens zu bekommen.“

Ihre Meinung interessiert uns!

Gefallen Ihnen unser Heftchen und unsere Politik? Gefällt Ihnen beides gar nicht? Schreiben Sie uns: beckamp@afd-fraktion.koeln. Übrigens: Das Kind hat noch keinen Namen! Wenn Sie Vorschläge haben, welchen Namen unsere kleine Zeitschrift haben könnte, lassen Sie es uns bitte wissen. Sie soll demnächst regelmäßig erscheinen.

Inklusionschaos: Förderschulen stärken statt abwickeln

52 Städte und Gemeinden haben jüngst beim nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof Klage gegen das Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eingereicht. Jenes 9. Schulrechtsänderungsgesetz, vom Landtag im Oktober 2013 beschlossen, sieht vor, den inklusiven Unterricht zum Regelfall zu machen. Aufgrund der hohen auferlegten Kosten bei der Umsetzung sehen sich die Kommunen in ihrer Selbstverwaltung erheblich beschnitten. Die Umsetzung des Schulrechtsänderungsgesetzes wird mit der UN-Behindertenrechtskonvention begründet, die im Mai 2008 beschlossen wurde.

In NRW gibt es ca. 120.000 Kinder mit besonderem Förderbedarf – das entspricht etwa acht Prozent aller Schüler. Aus der in der Konvention geforderten Teilhabe von Behinderten im Schulsystem leiten rot-grüne Bildungspolitiker – argumentativ gefüttert durch akademische Vordenker und Lobbyisten – die fundamentale Umwälzung des deutschen Bildungswesens ab. Die Landesregierung sah im Zuge ihrer Schulrechtsänderung vor, den Kommunen bis zum Jahr 2018 mit 175 Millionen Euro unter die Arme zu greifen. Pro Jahr sind ca. 25 Millionen für Investitionen an Schulen vorgesehen, ca. 10 Millionen Euro für pädagogisches Assistenzpersonal. Der Städtetag NRW hat bereits 2013 zusätzlichen kommunalen Finanz- und Investitionsbedarf für Fach- und Klassenräume, Schulmaterial und qualifiziertes Personal angemeldet. Besonders in ländlichen Regionen könne die Versorgung nicht gewährleistet werden.

Sämtliche Lehrerverbände kritisieren die Umsetzung der Inklusion. Sie klagen über den Mangel an geeignetem Fachpersonal und die Überforderung von Lehrern.

„Die derzeit angedachten Inklusionsexperimente werfen das Erfolgsmodell der Förderschule über den Haufen. Sie führen zu einer Überlastung des Lehrpersonals und zur Ausgrenzung von Kindern mit besonderem Förderbedarf“, erklärt Ludwig Eierhoff, AfD-Vertreter in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

Stattdessen fordert die AfD die Stärkung von differenzierenden Förderschulen. Derzeit gibt es 33 differenzierte Förderschulen mit ca. 5.500 Schülern in Köln.

Es braucht Freiräume für Schüler mit besonderem Förderbedarf, in denen Sonderpädagogen gezielt auf spezifische Bedürfnisse eingehen. In Regelschulen bekommen diese Schüler ihr „Anderssein“ regelmäßig vorgeführt. „Im selben Zuge, indem das bewährte und differenzierende dreigliedrige Schulsystem politisch zu Gunsten der gleichmacherischen Einheitsschule zerlegt wird, sollen aus ideologischen Gründen auch Förderschulen Schritt für Schritt abgewickelt werden“, so Eierhoff. „Damit wird ohne Not die Pluralität und Vielfalt des Bildungswesens zerstört.“

Carlo Clemens
Fraktionsreferent



AFD-Fraktion im Rat der Stadt Köln 12/2015

Seite 8

Ludwig Eierhoff: Jg. 1943, Architekt, verheiratet, zwei Kinder, ehem. Mitglied der Linkspartei



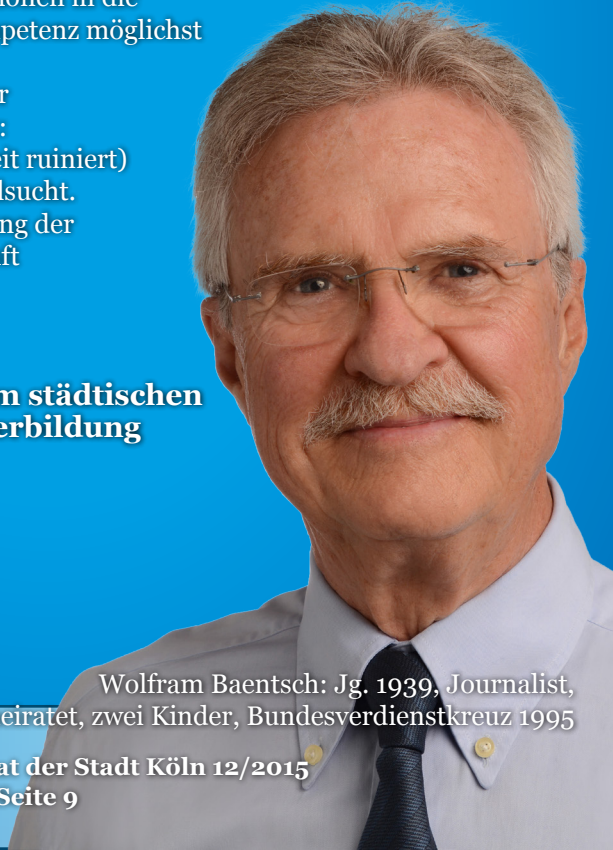
Die AfD im Ratsausschuss „Schule und Weiterbildung“

Im Bildungsausschuss habe ich mit einer kritischen Anfrage früh eine Duftmarke gesetzt. Doch wer nun auf demokratische Debattenkultur gehofft hat, wurde eines Besseren belehrt: „Ich lasse das mal so als Statement stehen“ – das ist alles, was Dezernentin Dr. Agnes Klein einfällt. Ganz ohne Wirkung scheint die Skepsis gegenüber dem in Köln mit besonderem Eifer befeuerten Zug zum „Gemeinsamen Lernen“ dennoch nicht geblieben zu sein: Am Ende des Jahres setzt es Kritik an den forcierten Schließungen der Förderschulen, die auf einmal quer durch die Parteien eine ungewohnte Wertschätzung erfahren.

Im Bestreben, die Vorgaben der rot-grünen Landesregierung überzuerfüllen, hat die Verwaltung die Inklusionsquote hochgetrieben und dabei Quantität mit Qualität verwechselt. Tatsächlich wechseln mehr Schüler aus Regelschulen in die behütete Obhut der Förderschulen als umgekehrt von den Förderschulen in die Regelschulen – wo lernbehinderte Kinder oft hoffnungslos verloren sind.

Ein zweites wichtiges Thema im Bildungsausschuss sieht die AfD in der Digitalisierung des Schulunterrichts. Auch dabei steht die Ideologie der Vernunft häufig im Wege. Die überschuldete Stadt steckt viele Millionen in die Förderung der sogenannten Medienkompetenz möglichst aller Lernenden, auch der ganz Kleinen. Dabei warnt die Wissenschaft, so u.a. der Neurologe Manfred Spitzer (Cyberkrank: Wie das digitale Leben unsere Gesundheit ruiniert) vor den verheerenden Folgen von Digitalsucht. Auch bei diesem Thema ist die AfD bislang der alleinige Warner im Interesse der Zukunft unserer Kinder.

Wolfram Baentsch
Sachkundiger Bürger der AfD im städtischen
Ausschuss für Schule und Weiterbildung



Wolfram Baentsch: Jg. 1939, Journalist,
verheiratet, zwei Kinder, Bundesverdienstkreuz 1995

Warum mehr Museen und Ausstellungen kein Gewinn für die Kulturlandschaft sind


„Weniger wäre manchmal mehr“, kommentiert Thomas Traeder, kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Kölner Stadtrat, die Entwicklungen der letzten Jahre in der Kulturlandschaft.

Wer soll all diese Museen und Ausstellungen besuchen, nachdem die Eröffnungseuphorie der ersten Monate verflogen ist? Wie sollen all diese Projekte langfristig finanziert werden, wenn die Besucherzahlen in den Jahren nach der Eröffnung auf Normalniveau sinken? In den letzten 25 Jahren sind deutschlandweit alleine 700 neue Kunstmuseen gegründet worden. In Köln gibt es neben den neun städtischen Museen und der Archäologischen Zone zahlreiche öffentliche, kirchliche oder private Museen, Ausstellungen und Ausstellungshallen.

Die Versuche über ein steigendes Budget für Öffentlichkeitsarbeit und immer neue Wechselausstellungen zahlende Besucher anzulocken, werden die Probleme nicht lösen, da diese Maßnahmen die Kostenspirale für die Einrichtungen weiter erhöhen und die bestehende Konkurrenzsituation zwischen den Museen nur verschärfen. Ein Wetttrüben zwischen den verschiedenen Kultureinrichtungen kann nicht die Lösung sein. Wir brauchen einerseits ein stärkeres Miteinander der Museen, um durch Kooperationen die Qualität zu steigern, andererseits müssen wir aber auch über die Schließung und Zusammenlegung von Institutionen und Ausstellungen nachdenken.

Wenn die Kölner Kulturpolitik nicht damit beginnt, umzusteuern und sich auf den Schutz und Erhalt der qualitativ besten Kulturinstitutionen zu konzentrieren, wird es bei weiter schwindenden finanziellen Ressourcen der öffentlichen Hand sehr bald ein böses Erwachen geben.

Thomas Traeder
Kulturpolitischer Sprecher der
AFD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Sachkundiger Bürger im städtischen
Ausschuss für Kunst und Kultur



Thomas Traeder: Fraktionsgeschäftsführer,
Jg. 1982, Politologe, ehem. Grünen-Mitglied

Ein ganz normaler Tag

Meine Tage beginnen immer früh. Gegen sechs Uhr stehe ich auf, damit ich in Ruhe frühstücken kann. Dann geht es wahlweise zur Uni oder direkt ins Büro. Vier Mal die Woche begehe ich den Weg zum Rathaus. „Köln retten“, sage ich meinen Kommilitonen, die lachen. Sie wissen, welcher Partei ich angehöre, wem ich meine Seele verkauft habe. Wer zuletzt lacht, denke ich immer.

Im Büro angekommen verbringe ich die erste Zeit damit, die Post einzusortieren. Meistens sind ganz interessante Einladungen dabei, zu denen ich nicht gehen kann. Da haben die Ratsherren Vorrang. Ich begnüge mich daher mit dem ein oder anderen Vortrag und Bibliotheksgeburtstagen. Das Sprichwort „Abwarten und Tee trinken“ kommt hier zur Geltung. Zwar trinken wir eher Kaffee als Tee, aber dann wieder in solchen Massen, dass die Grünen glatt Ratsanträge gegen die skrupellose Koffeinausbeutung durch „Rechtspopulisten“ stellen könnten. Dabei sind wir so öko, dass wir Papier grundsätzlich beidseitig bedrucken. Vielleicht lässt man sich ja auf einen Ablasshandel ein.

Immerhin hat der Fraktionschef, offenbar besorgt um unsere Gesundheit, durchgesetzt, dass es zu Fraktionssitzungen nur noch Obst statt Schokokekse (REWE-Eigenmarke) geben soll. Da kommt reichlich Adventsstimmung auf.

Einen „Masterplan“ für Köln haben wir zwar noch nicht und das wird noch eine ganze Weile dauern, aber wir arbeiten dran. Aber ein Gedanke leitet uns bei allem: Politik ist kein Selbstzweck, Politik ist handeln für Dritte, für uns alle. Jeden Tag.

Matthias Büschges
Fraktionsreferent
Sachkundiger Bürger der AfD im
städtischen Liegenschaftsausschuss

Termine

21. Dezember 2015, 17:45-19:15 Uhr: Immobilienmarkt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – Entwicklungen und Folgen, Vortrag im Institut für Wirtschaftspolitik.
Ort: Hörsaal XXIV, WiSo-Gebäude, Universitätsstr. 24, 50931 Köln-Lindenthal.

5. Januar 2016: Stammtisch AfD-Kreisverband Köln.
Ort: „Haus Ecker“, Escher Straße 37, 50733 Köln-Nippes.

20. Januar 2016, 19 Uhr: Susanne Kablitz zum Thema „Austrian Investing in Zeiten der Finanzkrise“ beim Hayek-Club Köln, Residenz am Dom, An den Dominikanern 6, 50668 Köln-Altstadt/Nord.

2. Februar 2016, 15:30 Uhr: Ratssitzung. Ort: Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal, Rathausplatz, 50667 Köln-Altstadt/Nord.

Februar 2016: Prof. Dr. Tropberger zum Thema „Asyl, Einwanderung, Integration und Rückführung“ beim AfD-Kreisverband Köln (Einladung folgt. Kontakt unter rottmann@afd.koeln).

Matthias Büschges, Referent, Jg. 1991, Student

Rheinische Kinkerlitzchen (Glosse)

Die regional vertretenen Altparteien versorgen uns mit immer frischem Politquatsch aus dem Kölner Rat, und auch wir tragen seit unserer Wahl im Mai 2014 unseren bescheidenen Teil dazu bei, das Niveau kommunalpolitischer Debatten stets zwischen Freiheit, Realitätsverweigerung, Vielfalt, naiven Wunschvorstellungen, Rechtsstaat und wirtschaftlichem Irrsinn mäandern zu lassen. Wir haben also allen Grund, auf das bisher Erreichte stolz zu sein.

Gelegentlich aber sollte man innehalten und das eigene Tun hinterfragen. Zwar ist unser kleines Heftchen im Vergleich zu den Organen des Kölner Pressekartells aus dem Hause Dumont geringfügig weniger einflussreich. Doch ist es in der Tat so, dass sich aus manchen unserer Artikel eine gewisse Abneigung gegenüber den hiesigen Linken bei den Grünen, der SPD, CDU und der FDP herauslesen lässt, sozusagen zwischen den Zeilen. Doch mal ehrlich – wie unendlich ärmer wären der Kölner Rat und letztlich alle Bevölkerungsvertretungen ohne ihre linksintellektoiden Agitatoren, die beim Bestreben, möglichst komplizierte Wortgebilde bandwurmartig zu verknüpfen, in den unfertigen Schlingen der eigenen Syntax sich verfangen und publizistisch der Länge nach hinschlagen? Logik und gesunder Menschenverstand werden bei den sozialdemokratisierten Altparteien stets neu interpretiert, alles ist möglich, sozialtechnologischer Machbarkeitswahn schlägt den Realitätssinn „zuverlässig“.

Kurzum: Die Linken in allen Parteien, und das sind mittlerweile die meisten, tragen ganz entscheidend zur Erheiterung bei. Dies zugegebenermaßen nicht kostenlos und auf mittlere Sicht mehr als bedenklich, aber was macht das schon.

Und bitte: Seltsame Verformungen unserer öffentlichen Diskussion, insbesondere durch Politik und Medien unter dem Eindruck der hohen Flüchtlingszahlen, nehmen wir dabei gerne in Kauf.

Also, liebe Leser, tun Sie das doch bitte auch. Erfreuen Sie sich an den possierlichen Späßen Ihrer örtlichen Linksradikalen. Wenn Sie Christ sind, dann lieben Sie ja ohnehin Ihre Feinde.

Wer das alles etwas anders sieht, einer mehrjährigen Berufstätigkeit nachgeht oder Kinder großgezogen hat, melde sich bitte bei uns.

Die AfD sucht noch Bewerber für alle demnächst neu zu besetzenden Parlamente in Deutschland.

Fortsetzung folgt...

Roger Beckamp

